



An das

Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1010 Wien

Linz, 11. Juni 2026

Gesetzesbeschluss des Oö. Landtags vom 11. Juni 2026 betreffend das Oö. Deregulierungsgesetz 2026; Bekanntgabe und Ersuchen gemäß § 9 Abs. 1 F-VG 1948, gemäß Art. 97 Abs. 2 iVm. Art. 98 B-VG sowie gemäß Art. 113 Abs. 4 iVm. Art. 97 Abs. 2 und Art. 98 B-VG

Sehr geehrte Damen und Herren!

Gemäß § 9 Abs. 1 F-VG 1948 und Art. 98 des Bundes-Verfassungsgesetzes gebe ich bekannt, dass der Oberösterreichische Landtag am 11. Juni 2026 den beiliegenden Gesetzesbeschluss betreffend das Oö. Deregulierungsgesetz 2026 ([Beilage 1374/2026](#)) gefasst hat.

Ich ersuche, die Zustimmung der Bundesregierung gemäß § 9 F-VG 1948 zu Art. I (Änderung des Oö. Abgabengesetzes) sowie gemäß Art. 97 Abs. 2 zu Art. VII (Änderung des Oö. Jugendschutzgesetzes 2001) und zu Art. XI (Änderung des Oö. Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes 1988) des beiliegenden Gesetzesbeschlusses zu erwirken.

Mit freundlichen Grüßen!

Für den Landeshauptmann:
Im Auftrag

Wolfgang Steiner

Beilage

Hinweise:

Dieses Dokument wurde amtssigniert. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter:

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/amtssignatur>

Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/datenschutz>

Wenn Sie mit uns schriftlich in Verbindung treten wollen, führen Sie bitte das Geschäftszeichen dieses Schreibens an.

